

Comeback der Geschlechterklischees

Die feministische Aussenpolitik ist im Trend und gibt zu reden – ihre Widersprüche tun es auch

KATHARINA FONTANA

Was Annalena Baerbock lieb ist, ist den Schweizer Grünen teuer. Die deutsche Aussenministerin bekennt sich zu einer feministischen Aussenpolitik. Geht es nach den hiesigen Grünen, soll sich nun auch die Schweiz zu einer feministischen Aussenpolitik bekennen. An der Delegiertenversammlung vor einer Woche hat die Partei einer entsprechenden Resolution zugestimmt. Was die Grünen mit der feministischen Aussenpolitik erreichen wollen, ist im Moment noch ziemlich wolkig. In «militarisierten Gesellschaften und in bewaffneten Konflikten nimmt die psychische und physische Gewalt insbesondere gegen Frauen zu», heisst es in der Resolution. Deshalb brauche es eine «Strategie für eine geschlechtergerechte Aussenpolitik» sowie Standards und Kontrollmechanismen «für eine verbindliche feministische Schweizer Aussenpolitik».

Von pragmatisch bis radikal

Ob ein feministischer Ansatz in der Aussenpolitik der richtige ist, wenn man es mit Autokraten wie Wladimir Putin zu tun hat, darüber dürften die Meinungen auseinandergehen. Dennoch würde es zu kurz greifen, die feministische Aussenpolitik einfach als Modeströmung abzutun, die zwangsläufig an der Realität scheitern wird. Politisch ist das Thema jedenfalls nicht zu unterschätzen. Neben der deutschen Regierung bekennen sich inzwischen auch Länder wie Frankreich, Spanien, Kanada und Mexiko zur Feminist Foreign Policy (FFP).

Was feministische Aussenpolitik genau ist und was sie anstrebt, lässt sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Es existieren mehrere Auffassungen und Interpretationen, die einen kommen eher pragmatisch-realistisch daher, die anderen sind theoretisch-radikal. «Erfunden» wurde die FFP von der früheren schwedischen Aussenministerin und Sozialdemokratin Margot Wallström. Sie setzte sich für drei Ziele ein: gleiche Rechte, gleiche Repräsentation und gleiche Ressourcen für Frauen. Der Fokus liegt auf einer weltweiten Stärkung von Frauen und Mädchen, bei der es nicht zuletzt auch um Verteilfragen, um Geldflüsse und Postenbesetzungen geht. Eines der erklärten Ziele ist es, mehr Frauen in internationale Führungspositionen,



An ihrer Delegiertenversammlung in Zug verlangten die Grünen einen Wandel in der Aussenpolitik.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

sicherheitspolitische Gremien und in den diplomatischen Dienst zu senden.

Für viele, namentlich junge Anhängerinnen der feministischen Aussenpolitik ist dies indes nur ein erster Schritt. Sie zielen auf Grösseres und sehen die FFP als Mittel, um patriarchale Machtstrukturen und Regime zu zerschlagen. Es gelte, «destruktive Kräfte wie Heteronormativität, Kapitalismus, Rassismus, Imperialismus und Militarismus» zu enttarnen und «gerechte Alternativen» aufzuzeigen, so formuliert es die deutsche Aktivistin und Autorin Kristina Lunz. Auch die Aufgabe territorialer Grenzen zählt zu den Zielen. Die FFP soll also nicht weniger als eine neue Weltordnung bringen.

In der Schweiz ist die Debatte noch nicht richtig in die Gänge gekommen. Bis anhin sind es vornehmlich NGO-Aktivistinnen, die sich für die FFP starkmachen. So etwa Leandra Bias von Swisspeace, die im Interview mit der «Wochezeitung» unter anderem eine Umverteilung von

Ressourcen forderte – Geld für ein Friedens- statt für ein Verteidigungsdepartement beispielsweise. Im eidgenössischen Parlament sind es linke Frauen wie die Grüne Sibel Arslan oder die SP-Vertreterin Claudia Friedl, die verlangen, dass der Bund bei seiner Aussenpolitik die weiblichen Interessen besser berücksichtige, namentlich auch im Budget.

Frauenanteil im EDA steigt

Der Bundesrat seinerseits betont, was er bereits alles an die Hand genommen habe. Die Förderung von Gleichstellung und Teilhabe der Frauen sei schon heute eine Priorität der internationalen Zusammenarbeit. So setze sich die Schweiz dafür ein, dass Frauen vermehrt an Konfliktprävention und Friedensgesprächen beteiligt würden, wie es eine Uno-Resolution vorsieht. Gemäss Studien sollen Friedensverhandlungen, an denen Frauen massgeblich beteiligt sind,

schneller zum Ziel führen und dauerhafter sein. Auch das Aussendepartement selber steht punkto Frauenvertretung nicht schlecht da. Der Frauenanteil nimmt stetig zu und betrug laut offiziellen Angaben im Jahr 2020 im mittleren und oberen Kader mehr als 40 Prozent. Führungspositionen wurden zu einem Drittel und Botschafterposten zu einem Viertel von Frauen besetzt.

Ob der Ukraine-Krieg die feministische Aussenpolitik voranbringen oder ob er sie im Gegenteil als praxisuntaugliches Konstrukt entlarven wird, darüber ist Unterschiedliches zu hören. Klar ist, dass die Theorie mit erheblichen inneren Widersprüchen zu kämpfen hat. Die FFP geht davon aus, dass die Aussenpolitik bis heute zu sehr von Männern dominiert sei und sich zu stark an deren Bedürfnissen ausrichte. Deshalb müssten künftig die Interessen der Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen gestellt werden.

Ob es ein Fortschritt ist, wenn man die Welt fortan durch die Frauenbrille betrachtet, ist allerdings eine andere Frage. Es ist schwerlich vorstellbar, wie eine vernünftige und situationsgerechte Aussenpolitik aussehen soll, wenn man die Bedürfnisse von Männern und Buben ausklammert oder als zweitrangig ansieht. Wie der Ukraine-Krieg in aller Deutlichkeit zeigt, leiden in Konflikten nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer.

Als weiterer Punkt kommt hinzu, dass die feministische Aussenpolitik ziemlich quer zum Anspruch steht, die vielkritisierten «antiquierten» Rollenbilder zu überwinden und Geschlechterklischees abzulegen. Die FFP-Theorie fusst geradezu darauf, dass man Frauen positive weibliche Qualitäten zuschreibt: friedensstiftend, mitfühlend, umsichtig, fürsorglich. «Männer schaffen Krisen, Frauen lösen sie», heisst es selbstbewusst. Gleichzeitig wehren sich die FFP-Anhängerinnen gegen den Vorwurf, ihre Theorie stütze sich auf geschlechtsbezogene Klischees. «Es geht nicht um Biologie, sondern um gelebte Erfahrungen, basierend auf Merkmalen, wovon das Geschlecht ein wesentliches ist», formuliert es etwa Leandra Bias.

Nicht alle sind Friedenstauben

Nun kann man im Sinne der FFP-Theorie durchaus die Meinung vertreten, dass Frauen die friedlicheren Menschen seien und eine Welt unter ihrer Führung eine bessere wäre. Man kann die Sache aber auch anders beurteilen. Kritiker weisen genüsslich darauf hin, dass lange nicht alle mächtigen Frauen Friedenstauben waren, weder die kriegführende Katharina die Grosse noch Margaret Thatcher, die in Sachen Falklandinseln eine beachtliche kriegerische Entschlossenheit zeigte.

Auch dass Länder wie Schweden oder Finnland unter weiblicher Führung jetzt den Nato-Beitritt anstreben, ist nicht unbedingt ein Zeichen von Friedensförderung. Ja, selbst die feministische Aussenpolitikerin Baerbock gerät mitunter ins Zwielflicht, so etwa, als sie die wirtschaftliche Vernichtung Russlands forderte. Das mag der richtige Weg sein, um Putin zu schaden, gleichzeitig würden damit aber auch Millionen von russischen Frauen in Armut und Elend gestürzt. Ob sich das mit einer feministischen Aussenpolitik verträgt?

Der Schweizer Verteilungskampf um die globale Mindeststeuer

Die Wirtschaftskommission des Ständerats will drei Viertel der Mehreinnahmen aus der Zusatzsteuer für Grossfirmen an die Kantone geben

HANSUELI SCHÖCHLI

Viele Grossfirmen zahlen in der Schweiz ab 2024 höhere Gewinnsteuern. Der Grund ist der vom Länderverein OECD geplante globale Mindeststeuersatz: Konzerne mit einem weltweiten Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro müssen künftig in jedem Land, in dem sie steuerpflichtig sind, mindestens 15 Prozent des im Land erwirtschafteten Gewinns als Steuern abliefern. Liegt die Steuerbelastung unter dieser Marke, können andere Staaten die Differenz zugunsten ihrer eigenen Staatskasse besteuern. Deshalb haben Länder wie die Schweiz mit Steuerbelastungen von zuletzt unter 15 Prozent ein starkes Interesse, ihre eigenen Steuern auf das geforderte Mindestniveau zu erhöhen – damit die Zusatzträge wenigstens in der eigenen Staatskasse landen.

Der Bundesrat will die Mindestbesteuerung durch eine spezielle Ergänzungsteuer erreichen, die nur bei den Grossfirmen greift, die von den globalen Regeln betroffen sind. Laut Bundesschätzung dürften etwa 200 Konzerne mit hiesigem Hauptsitz und rund 2000 Firmengruppen mit ausländischem Hauptsitz und Schweizer Ableger betroffen sein. Die Datenlage ist wie so oft wacklig. Der Bund schätzt,

dass insgesamt steuerbare Gewinne von 80 bis 105 Milliarden Franken betroffen sind, die derzeit im Durchschnitt einer Steuerbelastung von 13,25 Prozent unterliegen. Eine Erhöhung auf 15 Prozent würde somit Mehreinnahmen für den Fiskus von ungefähr 1,5 Milliarden Franken pro Jahr ergeben – wenn sich sonst nichts verändert.

Verhaltensänderungen ignoriert

Doch die Unsicherheiten sind gross. Der Bundesrat nennt deshalb für die erwarteten Mehreinnahmen eine Bandbreite von 1 bis 2,5 Milliarden Franken pro Jahr. So sind weder das Total des betroffenen Steuersubstrats noch der Durchschnitt der derzeitigen Steuerbelastung dieses Substrats in der Schweiz gesicherte Werte. Zudem beruht die globale Mindeststeuer von 15 Prozent auf einer OECD-Gewinndefinition und nicht auf der Schweizer Gewinndefinition. Zurzeit ist laut Fachleuten sogar noch unklar, ob die Steuerbasis nach OECD-Definition im Vergleich zum Schweizer Status quo per saldo eher breiter oder enger ausfallen wird; dies könne je nach Firma und Jahr sehr unterschiedlich sein.

Die Schätzungen des Bundesrats berücksichtigen überdies keine Verhaltens-

änderungen der Firmen, da das Ausmass nicht abschätzbar sei. Ein Papier der Basler Beratungsfirma BSS im Auftrag der SP schätzte die kurzfristigen Mehreinnahmen mit 1,6 Milliarden Franken pro Jahr ähnlich wie der Bundesrat, berücksichtigte aber ebenfalls keine Verhaltensänderungen. Steuerreformen führen fast immer zu Verhaltensänderungen. Mit einer Erhöhung der Steuerbelastung dürften mittelfristig die ausgewiesenen steuerbaren Gewinne tiefer sein als ohne Reform – zum Beispiel als Folge von Verlagerungen, Steueroptimierungen und Investitionsrückgängen. Doch das Ausmass ist völlig unklar; es mag hier begrenzt sein, weil die globale Mindeststeuer auch in manchen (aber nicht allen) Konkurrenzstandorten zu Steuererhöhungen führt. Das Denkinstitut Avenir Suisse hat jüngst in einer Analyse daran gezweifelt, ob es mittelfristig Mehreinnahmen gibt.

Trotzdem ist der politische Verteilungskampf schon lange entbrannt. Der Hauptstreitpunkt: Welchen Anteil der erhofften Zusatzeinnahmen sollen die Kantone erhalten und welchen Anteil der Bund? Die Sache dient als politischer Rorschach-Test: Sag mir, welchen Anteil du dem Bund geben willst, und ich sage dir, wo du politisch stehst. Je «linker» man denkt, desto mehr will

man dem Bund geben. Denn Linke wollen möglichst hohe Steuern und damit möglichst wenig Steuerwettbewerb der Kantone. Zudem ist auf Bundesebene das Verteilen von Steuergeldern tendenziell einfacher als in den Kantonen, weil die Distanz zu den Steuerzahlern beim Bund viel grösser ist. So forderten in der Vernehmlassung die Linksparteien, dass alle Zusatzeinnahmen beim Bund landen, während die SVP alles bei den Kantonen lassen wollte und die übrigen Parteien dazwischen lagen.

Sukkers für Bundesrat

Der Bundesrat schlug aufgrund der Vernehmlassung einen Bundesanteil von 25 Prozent vor. Einen ersten Test der Mehrheitsverhältnisse im Parlament lieferte diese Woche die Wirtschaftskommission des Ständerats. Sie beschloss laut Mitteilung vom Freitag mit der klaren Mehrheit von 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Regierungsvorschlag mit 25 Prozent Bundesanteil zu übernehmen. Die Kantone seien von der Steuererhöhung direkt betroffen und sollen deshalb Mittel für die Stärkung ihres Wirtschaftsstandorts bekommen, sagt der Schwyzer SVP-Ständerat Alex Kuprecht als Präsident der Wirtschaftskommission. In der September-Ses-

sion des Parlaments wird auch ein linker Minderheitsantrag in den Ständerat kommen: Diesem zufolge soll der Bund von der Ergänzungssteuer gleich viel erhalten wie generell von der direkten Bundessteuer: 78,8 Prozent.

Die Ständeratskommission diskutierte laut Kuprecht auch über die Frage, wie der Bund seine allfälligen Mehreinnahmen verwenden sollte. Die Kommission habe die Absicht des Bundesrats begrüsst, die Zusatzmittel zuerst für die erforderlichen Mehrzahlungen in den Finanzausgaben zu verwenden und einen allfälligen Rest für Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts zu brauchen. Was genau mit Letzterem gemeint ist, wird sich aber noch zeigen müssen. Kuprecht nennt wie der Bundesrat Stichworte wie Forschung und Innovation. Die Linke will dagegen die Sozialausgaben weiter erhöhen, etwa durch zusätzliche Verbilligung der Krankenkassenprämien. Der Bundesrat hatte sich wenig begeistert darüber gezeigt. Eine stärkere Finanzunterstützung von Kinderkrippen hatte die Regierung dagegen aus volkswirtschaftlicher Sicht als möglicherweise sinnvoll bezeichnet. Auch Ständerat Kuprecht wollte dies auf Anfrage nicht ausschliessen. Er betonte aber, dass dieses Thema grundsätzlich Sache der Kantone sei.